Fränkische Landeszeitung, 15.12. 2010

Offene Linke kritisiert die Pläne für Katterbach-Umgehung:

„Staatsregierung von allen guten Geistern verlassen“

„Politik gegen Bürger“ – Weitere Aufrüstung befürchtet

ANSBACH (mik) – Pläne der Bayerischen Staatsregierung, die Katterbach-Umgehung um die US-Kaserne herum als „prioritär“ einzustufen, haben bei der Offenen Linken für Empörung gesorgt. „Die Staatsregierung ist offensichtlich von allen guten Geistern verlassen“, meint das Wähler-Bündnis. Während Städte und Gemeinden in der Region, etwa entlang der B 25, seit Jahren vergeblich um Ortsumfahrungen kämpfen, müsse die US-Armee scheinbar „nur mit den Fingern schnippen“ und schon schütte das schwarz-gelbe Kabinett in München ein Millionen schweres Füllhorn an Steuergeldern bereitwillig aus.

Die Katterbacher Nordumgehung bringe das Fass der Belastungen durch die US-Militärpräsenz zum Überlaufen, schrieb Stadtrat Boris-André Meyer. Nachdem schon am Urlas 150 Hektar Naturfläche vernichtet (davon 95 komplett versiegelt) werden sollen, fordere die US-Armee jetzt weiteren Flächenfraß. Die Kosten für die Steuerzahler gingen damit in den achtstelligen Bereich. Die erneute Bedrohung bäuerlicher Existenzen durch Enteignungen sei „skandalös“. Die jetzt bekannt gewordenen Planungen seien ein weiterer Offenbarungseid einer „Politik gegen die Bürger“. Seit 2006 würden über die Köpfe der Menschen hinweg falsche Entscheidungen für die Rezatstadt getroffen.

Zudem böten die durch die Umgehung frei werdenden zusätzlichen Flächen Potenzial für die weitere Aufrüstung mit noch mehr Kampfhubschraubern in Ansbach, befürchtet die Offene Linke. Es sei ein Gebot der Stunde, dass der Stadtrat per Resolution versuche, „diesen militärischen Erweiterungsbestrebungen“ einen Riegel vorzuschieben.

Auch die Besichtigung des Urlas durch den Stadtrat habe gezeigt, dass die Halbwertszeit von Aussagen der US-Militärs eher gering sei: Während noch 2008 dem Stadtrat gegenüber erklärt wurde, dass die bestehenden Wohnungen in den Katterbacher Kasernen abgerissen und durch Doppelhaushälften ersetzt würden, wurde nun bekannt, dass diese doch lediglich saniert werden sollen. „Ergebnis“, so Meyer, „Erhöhung der Kapazität für mehr Truppen.“ Überdies soll auch das Großeinkaufszentrum statt der angekündigten 13 500 Quadratmeter nun mit 20 000 Quadratmetern errichtet werden. „Gigantomanie“, meint dazu die Offene Linke und zieht wegen der geänderten Größe die Rechtmäßigkeit in Zweifel.